

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Umwelt Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 36/0304/WP17-1 Status: öffentlich AZ: Datum: 27.12.2018 Verfasser: 36/100						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 13.11.2018 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="181 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="386 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="960 674 1382 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="181 710 379 736">12.02.2019</td> <td data-bbox="386 710 954 736">Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz</td> <td data-bbox="960 710 1382 736">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	12.02.2019	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
12.02.2019	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 13.11.2018 (öffentlicher Teil).

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz. (AUK/38/WP.17)

7. Dezember

2018

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.11.2018
Sitzungsbeginn:	18:20 Uhr
Sitzungsende:	20:18 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal im Fachbereich Umwelt, Reumontstraße 3

Anwesende:

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Ferdinand Corsten

Ratsherr Alexander Gilson

Ratsherr Christian Krenkel

als Vertreter für Ratsherrn Demmer

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Jürgen Schmitz

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Herr Georg Grooten

Herr Veith Helmig

AUK/38/WP.17

Ausdruck vom: 07.12.2018

Seite: 1/17

Herr Tim Hildmann

Herr Arno Lennartz

Herr Jöran Stettner

Herr Dirk Szagunn

Frau Elke Bohrer

als Vertreterin für Herrn Dr.
Brodowski

Herr Martin Knörzer

Ratsfrau Sibylle Reuß

als Vertreterin für Ratsfrau Kehren

Herr Marco Terporten

Frau Kornelia Feilgenhauer

Herr Safi Özbay

Abwesende:

Ratsfrau Iris Lürken

- entschuldigt -

Ratsherr Ralf Demmer

- entschuldigt -

Ratsfrau Fabia Kehren

- entschuldigt -

Herr Dr. Nils Brodowski

- entschuldigt -

Ratsherr Rolf Kitt

18:00 - 18:50

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

- entschuldigt -

Frau Marlis Köhne

18:50 - 20:18

Frau Susanne Kütke

- entschuldigt -

Frau Rosemarie Seidenberg

- entschuldigt -

Ratsfrau Mara Lux

- entschuldigt -

von der Verwaltung:

Herr Dr. Markus Kremer (Dez. V)

Herr Klaus Meiners (FB 36)

Herr Jürgen Wolff (FB 37)

Herr Bernd Geßmann (FB 37)

Herr Eckhard Larosch (B 03)

Frau Dr. Maria Vankann (FB 36)

Herr Dr. Christoph Ruckert (FB 36)

AUK/38/WP.17

Ausdruck vom: 07.12.2018

Seite: 2/17

als Schriftführer:

Herr Horst Pütz (FB 36)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 18.09.2018 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0298/WP17

- 3 **Geplante Umbauten an der Feuerwache Stolberger Straße**

- 4 **Dreiländerübung EMREX - Räder auf dem Weg**

- 5 **Leitstelle für die StädteRegion Aachen**
Vorlage: FB 37/0044/WP17

- 6 **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Brandbekämpfung und der technischen Hilfeleistung**
Vorlage: FB 37/0043/WP17

- 7 **Nahverkehrsplan: Änderung infolge Luftreinhalteplanung**
Vorlage: FB 61/1006/WP17

Luftreinhaltung / Luftreinhalteplan Aachen

AUK/38/WP.17

Ausdruck vom: 07.12.2018

Seite: 3/17

- 8 **Ratsantrag Nr. 372/17 der Piraten-Fraktion - Luftreinhaltensensoren am Blücherplatz vom 26.06.2018**
Vorlage: FB 36/0310/WP17
- 9 **21. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen**
Hier: notwendige Anpassung der Gebührenhöhe
Vorlage: B 03/0125/WP17
- 10 **18. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen**
Vorlage: B 03/0121/WP17
- 11 **Baumschutzsatzung der Stadt Aachen**
- 1. Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Aachen (Baumschutzsatzung)**
- 2. Ratsantrag Nr. 382/17 der Fraktion DIE LINKE vom 10. August 2018: Höhere Ausgleichszahlungen bei Baumfällungen**
Vorlage: FB 36/0313/WP17
- 12 **Baumschutzsatzung der Stadt Aachen**
- 1. Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Aachen (Baumschutzsatzung)**
- 2. Ratsantrag Nr. 382/17 der Fraktion DIE LINKE vom 10. August 2018: Höhere Ausgleichszahlungen bei Baumfällungen**
Vorlage: FB 36/0313/WP17-1
- 13 **Parkpfliegewerk Stadtpark**
Vorlage: FB 36/0308/WP17

- 14 **Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept**
Vorlage: FB 36/0316/WP17
- 15 **Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept**
Vorlage: FB 36/0316/WP17-1
- 16 **Windpark Münsterwald - sofortiger Baustopp, Ratsantrag der AfD Nr. 369/17 vom**
04.06.2018
Vorlage: FB 36/0300/WP17
- 17 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Um 18:20 Uhr eröffnet die Ausschussvorsitzende die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Marco Terporten (CDU-Fraktion) wird als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz verpflichtet.

Ratsfrau Griepentrog weist darauf hin, dass die für den 09.04.2019 geplante Ausschusssitzung aus organisatorischen Gründen auf den 02.04.2019 vorverlegt werde.

Die Tagesordnungspunkte Nr. 9 und Nr. 10 (öT) werden vorgezogen, da Herr Larosch (B 03) anschließend erneut an der Sitzung des Mobilitätsausschusses teilnehmen muss. Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte bleibt unverändert.

Zu den beiden öffentlichen Tagesordnungspunkten Nr. 11 und Nr. 13 liegen Ergänzungsvorlagen aus, da kurzfristig noch redaktionelle Änderungen eingearbeitet wurden.

Die CDU-Fraktion bittet um Vertagung des Tagesordnungspunktes Nr. 13, da hierzu noch weiterer Beratungsbedarf bestehe.

Abstimmungsergebnis:

Die so geänderte Tagesordnung wird – unter Absetzung des o.a. Punktes – einstimmig angenommen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 18.09.2018 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0298/WP17

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 18.09.2018 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – bei 5 Enthaltungen – genehmigt.

zu 3 Geplante Umbauten an der Feuerwache Stolberger Straße

Herr Wolff (FB 37) berichtet, der aktuelle Brandschutzbedarfsplan sei im Mai 2018 verabschiedet worden. Der Beginn zum 3. Bauabschnitt an der Wache Stolberger Straße (Logistikzentrum) stehe unmittelbar bevor. Da die Flächen auf der Liegenschaft sehr begrenzt seien, werde zunächst die Kfz.-Werkstatt ausgegliedert. Für alle anderen erforderlichen Flächen würden die ermittelten Bedarfe der bereits durchgeführten Planungen herangezogen.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) stellt fest, dass es nicht leicht sei im vorliegenden Brandschutzbedarfsplan alle Maßnahmen zu erkennen. Er bittet die Verwaltung für das Frühjahr 2019 eine Prioritätenliste aufzustellen, in welchen Zeitfenstern welche Maßnahmen durchgeführt werden müssten und welche Kosten diese generieren würden. Mehr Hintergrundwissen sei für die Entscheidungsgremien sinnvoll.

Eine entsprechende Auflistung/Einschätzung wird durch Herrn Dr. Kremer (Dez. V) zugesagt.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) ist weiterhin überzeugt, dass eine neue Wache nötig sei. Jedoch solle auch überlegt werden, ob man vielleicht im Gegenzug auf eine bestehende Wache verzichten könne. Die Kosten einer neuen Wache seien im Vorfeld schwer kalkulierbar.

Herr Dr. Kremer (Dez.V) weist darauf hin, dass entsprechende Mittel für eine neue Wache schon im Haushalt bereitstünden. Genaue Kosten seien jedoch auch der Verwaltung noch nicht bekannt. Eine neue, vierte Wache für die Stadt Aachen müsse jetzt schnell kommen. Entsprechende Details seien aktuell noch in Klärung.

zu 4 Dreiländerübung EMREX - Räder auf dem Weg

Herr Wolff (FB 37) berichtet anhand einiger Folien über die erfolgte Übung. Im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 11.12.2018 werde er noch einige Bilder hierzu nachreichen.

Herr Dr. Kremer (Dez. V) bezeichnet die durchgeführte Übung als sehr beeindruckend. 450 Einsatzkräfte, sehr viele Einsatzfahrzeuge und 60 Laienschauspieler seien durch den Fachbereich Feuerwehr an diesem Tag koordiniert worden. Ziel sei es gewesen, die grenzüberschreitende Koordination und Durchführung eines solchen Großeinsatzes für den Ernstfall zu optimieren und mögliche Schwachstellen frühzeitig zu identifizieren. Die Erkenntnisse aus der Übung werden mit allen Übungsbeteiligten noch nachbereitet.

AUK/38/WP.17

Ausdruck vom: 07.12.2018

Seite: 8/17

Die Übung sei insgesamt erfolgreich gelaufen. Ein aktiver Austausch mit den benachbarten, ausländischen Hilfsorganisationen sei zielführend und werde fortgesetzt..

Herr Dr. Kremer (Dez. V) dankt dem Fachbereich Feuerwehr für die Vorbereitung und die Abwicklung dieser Übung.

zu 5 Leitstelle für die StädteRegion Aachen

Vorlage: FB 37/0044/WP17

Herr Wolff (FB 37) berichtet anhand einiger Folien über die im Jahre 2012 in Dienst genommene Leitstelle für die Städteregion Aachen. Einige kommunale Notrufabfragestellen (Einsatzzentralen) aus der Städteregion seien in den vergangenen Jahren erfolgreich in die Städteregionale Leitstelle bei der Berufsfeuerwehr Aachen integriert worden.

Er erklärt dem Ausschuss die Kosten- und die Einsatzentwicklung für die Leitstelle. Sowohl das Einsatzaufkommen als auch die Kosten seien in den letzten Jahren angestiegen (bei den Personalkosten beispielsweise durch gesetzliche Reduzierung der maximalen Wochenarbeitszeit oder gesetzliche Neureglungen beispielsweise zur Elternzeit). Dagegen hätten sich die durchschnittlichen Kosten pro Einsatz in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Ergänzend wird dem Ausschuss das in Aachen entwickelte sehr erfolgreiche Modell „Telenotarzt“ vorgestellt, was zunehmend auch in anderen Kreisen und Städten von Aachen aus gesteuert werde.

Es müsse mittelfristiges Ziel sein, eine Zertifizierung der Leitstelle umzusetzen. In vier Jahren würden laufende Verträge bezüglich der Leitstelle auslaufen. Diese müssten über eine europaweite Ausschreibung erneuert/verlängert werden.

Herr Hildmann (Die LINKE) dankt den Mitarbeitern/-innen der Leitstelle für die wichtige und tolle Arbeit. Er findet es problematisch, die Werte aus 2013 mit den Werten aus 2018 zu vergleichen und wirft die Frage auf, warum sich die Wartezeiten in diesem Zeitraum (von 7 auf 14 Sekunden) verdoppelt hätten.

Der FB 37 habe hierfür zur Zeit keine umfassende Erklärung, führe aber entsprechende Ermittlungen durch. Vermehrte Anrufe über das Mobilnetz (längere Aufbauzeiten) würden möglicherweise eine Erklärung für erhöhte Wartezeiten darstellen.

Frau Köhne (CDU-Fraktion) verlässt um 18.50 Uhr die Sitzung und wird durch Herrn Kitt (CDU-Fraktion) vertreten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Leitstelle für die StädteRegion Aachen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 6 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Brandbekämpfung und der technischen Hilfeleistung

Vorlage: FB 37/0043/WP17

Es erfolgen keine Fragen oder Hinweise.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der Veiligheidsregio Zuid-Limburg (Niederlande) über die gegenseitige grenzüberschreitende Hilfeleistung bei der Brandbekämpfung und bei der technischen Hilfeleistung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – ohne Enthaltung – angenommen.

zu 7 Nahverkehrsplan: Änderung infolge Luftreinhalteplanung

Vorlage: FB 61/1006/WP17

Herr Stettner (Die GRÜNEN) begrüßt die neuen Anforderungen an die örtliche Busflotte, sehe die Maßnahmen aber nur als Zwischenschritt an. Als nächster Schritt müsse die ASEAG-Flotte sukzessive auf Elektrobusse umgestellt und gleichzeitig die ersetzten, schadstoffärmeren Dieselmotoren an die Subunternehmer weitergegeben werden.

Herr Hildmann (Die LINKE) teilt mit, er vermisse in der Vorlage das Ziel eines weiteren Ausbaus des lokalen ÖPNV um die Angebotsqualität zu steigern.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) stellt erklärend fest, dass sich der Beschluss zum Nahverkehrsplan auf das heute Machbare beziehe.

Beschluss:

AUK/38/WP.17

Ausdruck vom: 07.12.2018

Seite: 10/17

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung und den Empfehlungsbeschluss des Mobilitätsausschusses zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die 1. Anpassung des Nahverkehrsplans Stadt Aachen, 2. Fortschreibung 2015, wie in der Vorlage beschrieben, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – ohne Enthaltung – angenommen.

zu 8 Luftreinhaltung / Luftreinhalteplan Aachen

Ratsantrag Nr. 372/17 der Piraten-Fraktion - Luftreinhaltensensoren am Blücherplatz vom 26.06.2018

Vorlage: FB 36/0310/WP17

Herr Szagunn (Die Piraten) kritisiert die Verwaltung, sie habe die eigentliche Intention des Ratsantrages nicht richtig aufgegriffen.

Grundidee des Antrages sei, mit speziellen Sensoren ein Leitsystem für freie Parkplätze auf-/auszubauen. Solche - an Laternen montierte - Kleinstcomputer könnten dann ergänzend mit Luftmesssensoren kombiniert werden. Die Verwaltung wäre hierdurch in der Lage, eine noch qualifiziertere Aussage bezüglich der Luftreinhaltung zu treffen.

Laut Aussage der Verwaltung in Vorgesprächen seien diese Sensoren noch nicht zertifiziert. Dies sei aus Sicht von Herrn Szagunn (Die Piraten) zutreffend, jedoch würden seiner Kenntnis nach schon in näherer Zukunft marktfähige Sensoren verfügbar sein. Die Stadt Aachen könne sich durch den Einsatz der neuen Technik bzw. die neuen Luftsensoren noch „smarter“ und bürgerfreundlicher aufstellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Umweltverwaltung zustimmend zur Kenntnis mit dem Ergebnis, keine zusätzlichen Luftmessstationen im Stadtgebiet zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Angenommen gegen eine Nein-Stimme. Keine Enthaltungen.

zu 9 21. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen

Hier: notwendige Anpassung der Gebührenhöhe

Vorlage: B 03/0125/WP17

Es bestehen keine Fragen bzw. Anregungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 21. Nachtrages zur Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Aachen.

Die Satzung sowie die Gebührenbedarfsberechnung 2019 sind Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – ohne Enthaltungen – angenommen.

zu 10 18. Nachtrag zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen**Vorlage: B 03/0121/WP17**

Herr Larosch (B 03) hält es für sinnvoll, bestehende Kleinkläranlagen in den städtischen Kanalhaushalt zu integrieren. Aktuell würde mit Dez. II und dem Rechnungsprüfungsamt geklärt, ob eine Integration möglich sei und zukünftig nur ein Gebührenhaushalt vorgehalten werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt den Erlass des 18. Nachtrages zur Satzung über die Entleerung von Kläreinrichtungen.

Die Satzung sowie die Gebührenbedarfsberechnung 2019 sind Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – ohne Enthaltung – angenommen.

zu 11 Baumschutzsatzung der Stadt Aachen**1. Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Aachen (Baumschutzsatzung)****2. Ratsantrag Nr. 382/17 der Fraktion DIE LINKE vom 10. August 2018: Höhere Ausgleichszahlungen bei Baumfällungen****Vorlage: FB 36/0313/WP17**

Vorlage wird durch Ergänzungsvorlage FB 36/0313/WP 17-1 (siehe TOP 12) ersetzt.

zu 12 Baumschutzsatzung der Stadt Aachen**1. Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Aachen (Baumschutzsatzung)****2. Ratsantrag Nr. 382/17 der Fraktion DIE LINKE vom 10. August 2018: Höhere Ausgleichszahlungen bei Baumfällungen****Vorlage: FB 36/0313/WP17-1**

Die Ausschussvorsitzende weist den Ausschuss auf die hierzu ausgelegte Ergänzungsvorlage hin.

Herr Dr. Kremer (Dez. V) stellt fest, dass der vorliegende Entwurf einen ausgewogenen Ansatz darstelle, der das Meinungsbild des Ausschusses angemessen widerspiegele. Bei zukünftigen Baumaßnahmen werde dem Baumschutz stärker Rechnung getragen; dabei seien die offenkundigen rechtlichen Grenzen einer solchen kommunalen Satzung beachtet worden.

Herr Hildmann (Die LINKE) sieht die vorliegende Neufassung positiv.

Herr Stettner (Die GRÜNEN) dankt der Verwaltung für die gute Vorlage und fragt nach dem Unterschied zwischen Kompensationsmaßnahmen nach der Baumschutzsatzung und Kompensationsmaßnahmen nach dem bei Bauleitplänen üblichen Öko-Ausgleichspunkte-System.

Herr Meiners (FB 36) erläutert, dass es sich hierbei um zwei unterschiedliche rechtliche Bereiche handele. Eine Baumschutzsatzung sei eine für die für die Verwaltung bindende Ortssatzung mit engem Korsett. Demgegenüber ermögliche es die aus dem Baugesetzbuch (BauGB) und dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) abzuleitende Eingriffsregelung, die negative Folgen von Eingriffen in Natur und Landschaft vermeiden bzw. minimieren solle, eine etwas flexiblere Ausgestaltung von Ausgleichs- bzw. Kompensationsmaßnahmen.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) regt an, dass großer Wert auf eine sensible und zielführende Außendarstellung gelegt werden solle. Die Baumschutzsatzung hätte hauptsächlich geändert werden müssen, weil sich die rechtlichen Grundlagen (Landesnaturschutzgesetz) in den zurückliegenden Jahren geändert hätten.

„Pflanzwillige Menschen“ dürften nicht durch eine Falschauslegung der Satzung oder zu restriktive Vorgaben davon abgehalten werden, neue Bäume zu pflanzen. Aus seiner Sicht wäre die neue Satzung jetzt wieder klarer und rechtssicherer.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) begrüßt die Neufassung der Baumschutzsatzung, da diese aufgrund gesetzlicher sowie redaktioneller Anpassungen nötig gewesen sei.

Herr Helmig (SPD-Fraktion) dankt der Verwaltung für die Vorlage und erklärt, dass bei Ersatzpflanzungen keine signifikante Verteuerung eintreten sollte. Die Satzung greife im Einzelfall durchaus in die persönliche Freiheit von Eigentümern ein. Er erklärt dem Ausschuss abschließend die in der Satzung verankerte Berechnungsmethode zur Ermittlung der Kompensation.

Herr Formen (BUND) regt für die Zukunft an, bei solchen Neufassungen die Naturschutzverbände im Vorfeld anzuhören bzw. zu beteiligen.

Er hinterfragt mehrere Textpassagen und einzelne Formulierungen [§ 2 (Abs.3) a) ; § 2 (b) ; § 4 (f) ; § 4 (h); § 6 (Abs.1) ; § 6 (Abs.2) und § 6 (Abs.4)], die im Ausschuss diskutiert werden. Die aufgeworfenen Fragen werden von Herrn Meiners (FB 36) abschließend beantwortet.

Ratsherr Gilson (CDU-Fraktion) fragt nach der Möglichkeit, ob im Bereich Klinikum /Kullenhofstrasse die Ersatzpflanzung in räumlicher Nähe erfolgen und dies über die Baumschutzsatzung geregelt werden könne.

Herr Meiners (FB 36) erklärt, dass vorrangig eine lokale Ersatzbepflanzung erfolgen solle. Jedoch seien im Bereich Klinikum keine ausreichenden Flächen vorhanden.

Der Ratsantrag Nr. 382/17 der Fraktion DIE LINKE vom 10.10.2018 gilt hiermit als behandelt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Umweltverwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die beigefügte Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Aachen (Baumschutzsatzung) mit der Ergänzung unter § 2 (Abs. 3) b „Für Walnussbäume und Esskastanien gilt § 2 (Abs. 2)“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – ohne Enthaltung – angenommen.

zu 13 Parkpfliegewerk Stadtpark

Vorlage: FB 36/0308/WP17

Frau Bimberg (Landschaftsarchitekturbüro Bimberg) und Herr Dr. Ruckert (FB 36) berichten über den Abschlussbericht des Parkpfliegewerkes Stadtpark anhand von Folien, die dieser Niederschrift beigefügt sind.

Die Fraktion DIE GRÜNE reicht einen erweiternden Beschlussvorschlag als Tischvorlage ein, der ebenfalls dieser Niederschrift beigefügt ist.

Ratsfrau Griepentrog (DIE GRÜNEN) und Vertreter weiterer Fraktionen danken Frau Bimberg für den guten Vortrag.

Herr Knörzer (DIE GRÜNEN) betont, dass die Parkanlagen eine wichtige Aufgabe in Aachen übernehmen. Naturerfahrung werde ermöglicht, Pflanzen und Tiere würden dort aktiv erlebt. Oft gemähte Wiesen seien auf Dauer teurer als extensive Flächen.

Er fragt Frau Bimberg, ob die im Übersichtsplan markierten (grünen) Punkte extensive Grünflächen seien, und ob bei dem Konzept der Parkbeleuchtung auch nachtaktive Tiere / Insekten berücksichtigt würden.

Frau Bimberg erklärt hierzu, dass extensive Flächen ausschließlich in den Randzonen und nicht auf Liege- bzw. Ruheflächen angelegt würden. Lediglich die Beleuchtung des Hauptweges solle ergänzt werden.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) bittet um eine spätere Vorstellung der Einzelmaßnahmen im Ausschuss und richtet den Wunsch an die Planer, ausreichend Blumenflächen anzulegen.

Auf die Frage von Herrn Formen (BUND) bezüglich einer aktiven Besucherlenkung im Stadtpark antwortet Frau Bimberg, dass es aktuell wenige ökologisch wertvolle Flächen im Stadtpark gebe und deshalb auch kein grundlegender Konflikt mit der Nutzung dieser Anlage durch Besucher/-innen gesehen werde.

Herr Stettner (DIE GRÜNEN) rechtfertigt die Beschlusserweiterung seiner Fraktion. Er sehe in der gewünschten Quote von 5 % keine gravierende Einschränkung für Nutzer der Liegewiesen. Er verweist auf die Diskussion im letzten Planungsausschuss.

Herr Dr. Ruckert (FB 36) bietet dem Ausschuss im kommenden Jahr eine Führung durch den Stadtpark an, ggf. in Verbindung mit den ersten Umsetzungsschritten.

Herr Hildmann (DIE LINKE) dankt für den Vortrag bzw. die Vorlage und fragt nach dem aktuellen Zeitplan. Laut Herrn Dr. Ruckert (FB 36) stehe an erster Stelle die Sanierung des Wegesystems. Der Baubeschluss sei für das 1. Quartal 2019 geplant.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den Ergebnissen des 'Parkpflegewerks Stadtpark' zustimmend zur Kenntnis. Er beschließt, die Verwaltung mit der weitergehenden Planung für die im Parkpflegewerk genannten Maßnahmen bzw. Schwerpunktbereiche zu beauftragen.

-Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – ohne Enthaltung – beschlossen.

zu 14 Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept

Vorlage: FB 36/0316/WP17

Vorlage wird durch Ergänzungsvorlage FB 36/0316/WP 17-1 (siehe TOP 15) ersetzt.

AUK/38/WP.17

Ausdruck vom: 07.12.2018

Seite: 15/17

zu 15 Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept

Vorlage: FB 36/0316/WP17-1

Der Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch der CDU-Fraktion in die nächste Ausschusssitzung am 11.12.2018 vertagt.

zu 16 Windpark Münsterwald - sofortiger Baustopp, Ratsantrag der AfD Nr. 369/17 vom 04.06.2018

Vorlage: FB 36/0300/WP17

Es erfolgen keine Fragen oder Hinweise.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Sachstandsmitteilung Münsterwald zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig – ohne Enthaltung – angenommen.

zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Kremer (Dez. V) teilt mit, dass eine Vorstellung des Themas „Lärmschutzwand BAB 44 Driescher Hof“ im Ausschuss am 12.02.2019 vorgesehen sei. Die ausgelegte Unterlage ist dieser Niederschrift beigelegt.

Die Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.16 Uhr.